



Glück: Grün-Rot bremst Energiewende im Wärmesektor

In einer aktuellen Debatte über den Anteil baden-württembergischer Bürger und Unternehmen an den von der staatlichen Förderbank KfW angebotenen zinsgünstigen Energieeffizienz-Darlehen hat der energiepolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Andreas Glück**, mehr Einsatz für die Wärmewende gefordert: „Der Wärmesektor sollte aufgrund seiner Bedeutung und seiner erheblichen Effizienzpotenziale eigentlich im Mittelpunkt der Energiewende stehen.“ Mit Blick auf das KfW-Kreditvolumen von knapp vier Milliarden Euro im Jahr und die Ökostromumlagen in Höhe von 24 Milliarden Euro im Jahr herrsche jedoch eine Schieflage. Vor diesem Hintergrund kritisierte Glück das neuerliche Scheitern der steuerlichen Abschreibbarkeit energetischer Sanierungen in der großen Koalition im Bund. An die grün-rote Landesregierung gerichtet sagte Glück: „Wenn Sie nach nur sieben neuen Windrädern und drei abgebauten Altanlagen im Jahr 2014 endlich die richtigen Schlüsse zögen und bei der Energiewende verstärkt auf Energieeffizienz und die Wärmewende setzen würden, hätten Sie die Unterstützung der Freien Demokraten.“ Die KfW-Zahlen, für die Grün-Rot sich aktuell selbst lobte, müssten jedoch richtig eingeordnet werden. Glück: „Sie verschweigen, dass man diese Zahlen im Ländervergleich auf die Bevölkerungsstärke umlegen muss. Sie verschweigen, dass man diese Zahlen auch vor dem Hintergrund der in den Ländern sehr unterschiedlichen Wohneigentümerquote und des innerdeutschen Einkommensgefälles sehen muss. Und Sie verschweigen, dass die ostdeutschen Länder in dieser Statistik schlicht deshalb am unteren Ende stehen, weil deren Wohngebäudebestand in großen Teilen schon seit 1990 im Zuge des Aufbaus Ost energetisch saniert wurde. Dies alles macht die Zahlen nicht zum Misserfolg, aber Grund zum Ausruhen oder Jubeln hat Baden-Württemberg mit einer Sanierungsquote von unter einem Prozent noch lange nicht.“ Der Freie Demokrat forderte Grün-Rot deshalb auf, von immer neuen Sanierungsbremsen wie dem novellierten Erneuerbare-Wärme-Gesetz oder der neuen Landesbauordnung abzusehen.